

bello ade

in Park und See

www.bello-ade-in-park-und-see.de
bello-ade-in-park-und-see@gmx.de



Was meint die Bevölkerung zum Hunde-Mitnahmeverbot?

Rund um das Thema Hunde-Mitnahmeverbot auf den Uferwegen des Schlachtensees und der Krummen Lanke hat es in den letzten Monaten eine Online-Petition und verschiedene Befragungen gegeben, die wir hier zusammenfassend vorstellen. Ein Anlieger, Frank Kuehn, startete Ende Januar 2015 bei Open Petition eine Petition gegen das Mitnahmeverbot, CDU-Abgeordnete der Bezirksverordnetenversammlung führten eine schriftliche Befragung der Anwohner/innen durch, die SPD befragte Besucher/innen, BZ und Tagesspiegel fragten ihre Leser/innen und beim Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf läuft eine Online-Befragung, deren Ergebnisse in die Evaluation eingehen sollen, die im Herbst 2016 geplant ist. Im Ergebnis spricht sich eine Mehrheit für das Mitnahmeverbot aus und fordert darüber hinaus eine deutliche Einschränkung bisheriger Freiheiten von Hundehalter/innen.

Petition

Aufhebung des Hundeverbots am Schlachtensee/Krummen Lanke & Problemlösung im Sinne aller Betroffenen

Von: Frank Kuehn
An: Bürgermeister von Steglitz Zehlendorf
Region: Bezirk Steglitz-Zehlendorf Kategorie: Soziales
Status: Die Petition ist bereit zur Übergabe
ZEICHNUNG BEENDET
2.522 UNTERSTÜTZER
891 IN BEZIRK STEGLITZ-ZEHLENDORF
Sammlung abgeschlossen

Das Ergebnis dieser [Petition](#) zeigt, dass die Solidarität selbst von Hundehalter/innen mit denjenigen, die für die Zulassung von Hunden auf den Uferwegen kämpfen, nicht allzu groß ist.

Die Petition war an den Bürgermeister des Bezirks Steglitz-Zehlendorf gerichtet und lautete: „Aufhebung des Hundeverbots am Schlachtensee/Krummen Lanke & Problemlösung im Sinne aller Betroffenen“. Sie lief vom 27.1.2015 bis zum 26.7.2015, umfasste also auch den Zeitraum der Demonstrationen und der gehäuften Presseaufmerksamkeit. Unterschrieben wurde sie von 891 Menschen aus dem Bezirk und verfehlte damit ihr Ziel deutlich. Gemessen an den Vorgaben von Open Petition hätten es mindestens 2.900 sein müssen, wobei bei einem Bür-

gerbegehren gemäß der Berliner Verfassung sogar 7.000 Unterschriften – und zwar ausschließlich von Wahlberechtigten – nötig gewesen wären. Im Gegensatz zum Bürgerbegehren wird die Unterschriftsberechtigung bei Open Petition nicht geprüft. Doch selbst von den Fälschungsmöglichkeiten abgesehen: Die Petition erwies sich als Flop.

CDU-Anwohnerbefragung

[Presseberichten](#) zu Folge, wurden 3.000 Fragebögen verteilt und zwei Drittel der Antworten sollen sich für das Hundemitnahmeverbot ausgesprochen haben. Wir haben uns bemüht, genauere Angaben zu bekommen. Doch selbst Mitglieder des Ortsverbandes erhalten keine Auskunft.

SPD-Besucher/innen-Befragung

Zu dieser Fragebogenerhebung liegt bisher erst ein [Zwischenergebnis](#) auf der Basis von 240 Antworten vor. 220 davon haben die Frage nach dem Hunde-Mitnahmeverbot beantwortet: 100 (45%) votieren für das Mitnahmeverbot und 120 (55%) sprechen sich für eine – vordem nicht bestehende – allgemeine Leinenpflicht aus. Zur früheren Genehmigung des Hundefreilaufs zurückkehren will niemand.

Bezirksamt

Nach [Angaben](#) des Bezirksamtes vom Juni 2015 stimmen zwei Drittel der Bürger/innen dem Mitnahmeverbot zu, ein Drittel lehnt es ab. Die [Online-Befragung](#) läuft noch bis zum 30.9.2016.

Online-Befragungen des Tagesspiegels und der BZ

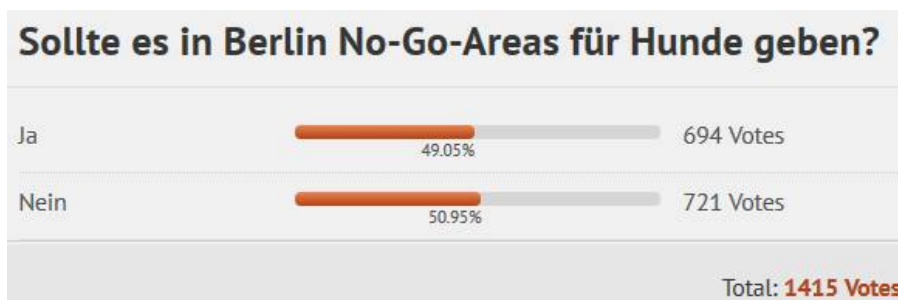
Die Ergebnisse von Kurzbefragungen der Presse sollten sehr vorsichtig interpretiert werden: Die Grundgesamtheit bilden lediglich diejenigen, die die jeweilige Zeitung lesen und davon auch nur diejenigen, die dies online tun. Da solche Befragungen meist in Artikeln zu spezifischen Themen eingebunden sind, werden auch nur diejenigen Leser/innen sich beteiligen – wenn überhaupt – die sich für diese Themen besonders interessieren. Zudem ist völlig unklar, ob die Antwortenden repräsentativ für die Bevölkerung oder auch nur für die Gruppe derjenigen sind, die sich für das spezifische Thema interessieren. Die Repräsentativität kann nicht überprüft werden, weil entsprechende Angaben bspw. zum Alter, Geschlecht, Wohnviertel, Bildungsstand etc. fehlen. Dennoch stellen wir die Ergebnisse hier vor. U.E. lässt sich daraus das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den zwei Gruppen ablesen: den Hundeliebhaber/innen, die für ihre Tiere optimale Bedingungen erreichen wollen (bspw. in den beiden Seen schwimmen zu dürfen) und denjenigen, die sich durch Hunde bzw. das Verhalten der Hundehalter/innen in ihrem Bewegungsraum eingeengt fühlen.



Quelle: Tagesspiegel-online, 15.8.2015, Abruf: 11.10.2015.

Eingebettet in einen Artikel über die Verhältnisse am Boxhagener Platz („[Leinenpflicht ist vielen Hundehaltern egal](#)“) fragte der Tagesspiegel: „Wie stehen Sie zur Leinenpflicht in Berlin?“ Lediglich 13% plädieren für eine Lockerung, 37% für eine konsequentere Umsetzung der heute z.B. in öffentlichen Grünanlagen und Wäldern bestehenden – aber kaum jemals von Ordnungsämtern und Polizei kontrollierten – Anleinplicht und 50% für eine Verschärfung.

BZ



[BZ-online](#) 9.9.2015, Abruf 29.10.2015.

Eingebettet war die Befragung in zwei Statements pro und contra. Das Ergebnis: Jeweils die Hälfte der Antwortenden ist dafür und dagegen.

Fazit

Fasst man die Ergebnisse der unterschiedlichen Befragungen unter den Aspekten „*Hunde sollten jegliche Freiheiten haben*“ und „*die Freiheit von Hunden muss eingeschränkt werden*“ zusammen, ergibt sich folgendes Bild: Die Befürworter/innen der Position „Freiheiten für Hunde“ machen bei

- der Online-Petition höchstens – sofern unter den Unterschriften keine „Fakes“ sind – ein Drittel, bzw. gewichtet am Quorum für ein Bürgerbegehren nur 13% aus
- der SPD-Befragung 0%
- der CDU-Anwohnerbefragung 33%
- der Befragung des Bezirksamtes 33%
- der Tagesspiegel-Befragung 13%
- der BZ-Befragung 51%

U.E. sind die Befragungsergebnisse ein deutlicher Hinweis, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung sich durch Hunde und dem Verhalten von Hundehalter/innen eingeengt fühlt. Hinsichtlich des sozialen Status und des Bildungsstandes dürften sich die Leserschaft des Tagesspiegels und der BZ deutlich unterscheiden. Umso bemerkenswerter ist, dass selbst von den BZ-Leser/innen die Hälfte für No-Go-Areas ausspricht.